

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Mehr Ehrlichkeit in die Arbeitsmarktdebatte beim Strukturwandel bringen: Die Lausitz attraktiv für Fachkräfte machen, Aus- und Weiterbildungen in grüne Technologien stärken!**

Der Landtag möge beschließen:

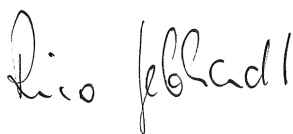
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

zur Herstellung der gebotenen Ehrlichkeit und zur Bereitstellung der erforderlichen Faktenbasis für die Arbeitsmarktdebatte im Zusammenhang mit den Folgen und Perspektiven der laufenden Strukturwandelprozesse in Sachsen dem Landtag einen umfassenden Bericht über die bisher festgestellten Arbeitsmarkteffekte des Strukturwandels im Lausitzer Revier des Freistaates Sachsen vorzulegen, in dem für die Lausitz bezogen auf den Zeitraum ab dem Jahre 2013 insbesondere dargelegt werden sollen:

1. die Entwicklung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, darunter in den Braunkohle- bzw. deren Zuliefererindustrien;
2. die Entwicklung der Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die zusätzlich zu ihrer Beschäftigung Leistungen nach SGB II beziehen sowie deren Branchen;
3. die Höhe der Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote in der Lausitz;
4. die Entwicklung der Anzahl der ausgeschriebenen Stellen im Vergleich zur Anzahl der Arbeitslosen mit entsprechenden Berufsabschlüssen oder Berufserfahrung in einzelnen Branchen;
5. die Entwicklung der Reallöhne in den Branchen Braunkohle, Chemie, Dienstleistungen und übriges produzierendes Gewerbe;
6. die Entwicklung der Anzahl und des Anteils der Beschäftigten in Unternehmen mit Tarifbindung;
7. die Entwicklung der Anzahl der Ausbildungsplätze, der abgeschlossenen Ausbildungsverträge sowie der Ausbildungsabbrüche in den Branchen Braunkohle, Chemie, Dienstleistungen und übriges produzierendes Gewerbe;

Dresden, den 28.06.2023

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

8. die Entwicklung der Altersstruktur der Beschäftigten in der Braunkohle- und deren Zuliefererindustrien,
9. die Entwicklung des Qualifikationsniveau der Beschäftigten in der Braunkohle- und Zuliefererindustrien, aufgeschlüsselt nach Helfer:innen, Fachkräften und Spezialist:innen;
10. die 15 häufigsten Berufsgattungen der Beschäftigten in der Braunkohle- und Zuliefererindustrien;
11. die - gemessen am Anteil der Beschäftigten - zehn größten energieintensiven Branchen und deren Anteile an der Beschäftigung in den Landkreisen Bautzen und Görlitz sowie im Freistaat insgesamt;
12. die Erkenntnisse der Staatsregierung zu erwarteten Arbeitsplatzverlusten mit dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, jeweils für den Kohleausstieg im Jahre 2030 und im Jahre 2038, aufgeschlüsselt nach direkt und indirekt betroffenen Arbeitsplätzen;
13. der prognostizierte Fachkräftebedarf bis zum Jahr 2038 in den Branchen Braunkohle, Chemie, Dienstleistungen und übriges produzierendes Gewerbe;
14. der prognostizierte Ausbildungsbedarf und die dem gegenüber vorhandene Anzahl von Auszubildenden bis zum Jahr 2038 in den Branchen Braunkohle, Chemie, Dienstleistungen und übriges produzierendes Gewerbe;
15. der prognostizierte Weiterbildungsbedarf bis zum Jahr 2038 in den Branchen Braunkohle, Chemie, Dienstleistungen und übriges produzierendes Gewerbe;
16. die prognostizierte Zahl an Erwerbstätigen bis zum Jahr 2038;
17. die Anzahl der Arbeitsplätze, die nach den bisher von den Regionalen Begleitausschüssen positiv bewerteten Strukturwandelprojekten in welchen Bereichen bis wann entstehen sollen und darunter die Anzahl der voraussichtlich tarifgebundenen Arbeitsplätze.

Begründung:

Der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist ein zentrales Ziel der Strukturwandelmaßnahmen und Investitionen des Kohleausstiegsgesetzes. So wird im „Handlungsprogramm zur Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen des Bundes in den sächsischen Braunkohlerevieren“ der Staatsregierung das Ziel formuliert, „durch aktive Intervention des Bundes, des Freistaates Sachsen und der Kommunen eine innovative und leistungsfähige Wirtschaft zu etablieren, um [Arbeitsplatz-]Verluste zu kompensieren und langfristig eine zukunftsfähige und starke Wirtschaft in der Lausitz zu schaffen um Beschäftigung und Wohlstand zu sichern“¹. Zugleich berichten Bürgermeister:innen in den Kohleregionen und insbesondere in der Lausitz immer wieder, dass neue Unternehmensansiedlungen erschwert werden, weil Fachkräfte vor Ort fehlen. Um Klarheit über diese Thematik und eine Evaluation des bisherigen Strukturwandels zu ermöglichen, soll die Staatsregierung – dem Antragsbegehren folgend – den Landtag ausführlich über die bisherigen und die prognostizierten Arbeitsmarkteffekte des Braunkohleausstiegs und der Strukturwandelprojekte nach Maßgabe der dazu aufgeführten Berichtsgegenstände 1 bis 17 unterrichten.

¹ <https://www.strukturentwicklung.sachsen.de/download/Handlungsprogramm.pdf> (Seite15)